

1890 - 1914: WILHELMINISCHES KAISERREICH

Antrag Rosa Luxemburgs zum politischen Massenstreik auf dem SPD-Parteitag 1913 in Jena

[Im Antrag des Parteivorstandes (Dokument e) sollten die Absätze 2 bis 4 durch folgende Passagen ersetzt werden:]

Die Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze in Deutschland nötigt das Proletariat zur Entfaltung immer größerer Macht für die Verteidigung gegen heimtückische Anschläge der herrschenden Klassen, für die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage und die Erweiterung seiner politischen Rechte. Im Kampf gegen die politische Entrechtung ist das Proletariat immer mehr gezwungen, die höchste Energie zu entfalten. Dieser Kampf gipfelt in dem Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern, dessen Eroberung eine Vorbedingung für den Befreiungskampf des Proletariats ist. Der jetzige Zustand der politischen Rechtlosigkeit des Proletariats, insbesondere in Preußen, der seinen deutlichsten Ausdruck im Dreiklassenwahlrecht findet, hemmt das Proletariat in allen seinen Bestrebungen auf Verbesserung seiner Lebenshaltung. Es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts zum Beherrscher der Gesetzgebung, nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reiche.

Dieses schändliche Wahlrecht kann nur einem Wahlrechtssturm der großen Massen weichen, wie ihn der Preußische Parteitag vom Januar 1910 in Aussicht genommen hat.

Der Parteitag begrüßt das wiedererwachte Interesse weiter Parteikreise an der Frage des politischen Massenstreiks. Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung eines politischen Massenstreiks ist die möglichst vollkommene Organisation des Proletariats in politischer und wirtschaftlicher Beziehung und die Erfüllung dieser Organisationen mit revolutionärer Kampfbegeisterung und Opferbereitschaft. Der Parteitag macht deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und für die Verbreitung der Partei- und Gewerkschaftspresse zu wirken. Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden. Er kann sich nur als Steigerung einer bereits im Fluß befindlichen Massenaktion aus der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Situation ergeben.

Als Antwort auf die Übergriffe der Reaktion wie als erste Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen ist eine offensive, entschlossene und konsequente Taktik der Partei auf allen Gebieten erforderlich. Nur eine solche Taktik, die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die Aktion der Massen verlegt, ist

geeignet, in den Reihen der Organisierten die Kampfenergie und den Idealismus wach zu halten sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen und die Parteinstanzen auf, alle Maßregeln zu ergreifen, damit das deutsche Proletariat bei den kommenden Kämpfen für alle Fälle gerüstet dasteht.

[Abgelehnt]

Quelle: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913, Berlin 1913, S. 192 ff.